

## Malta

HEINZ-JÜRGEN AXT

380.000 Malteser sind, insbesondere wenn es um den Beitritt zur Europäischen Union (EU) geht, immer wieder für Überraschungen gut. Während die regierende Nationalist Party unter Eddie Fenech Adami konsequent den Beitritt zur EU betreibt, sieht die Labour Party unter Alfred de Sant die Zukunft in einer „mediterranen Schweiz“.<sup>1</sup> Labour will zwar enge Beziehungen mit der EU, aber keine formelle Mitgliedschaft. Glaubt man der Parteiführung, dann werden die Sozialisten auch als Regierungspartei nicht ihren Frieden mit der EU schließen.<sup>2</sup> Ende 2002 könnten die Beitrittsverhandlungen mit der EU abgeschlossen werden. Die Regierung will noch vor den 2003 stattfindenden Wahlen ein Referendum zum EU-Beitritt durchführen, an dessen Ergebnis die Labour Party sich allerdings nicht binden will. Man droht damit, die EU-Mitgliedschaft sofort auszusetzen.

Meinungsumfragen zeigen ein nahezu ausgeglichenes Verhältnis zwischen EU-Befürwortern und -Gegnern. Mit 48% der Befragten sind die Befürworter den Opponenten mit 46% nur leicht überlegen.<sup>3</sup> Vertraut man auf Verlautbarungen der Regierung, dann hat sich die Stimmung nach dem 11. September 2001 allerdings gewandelt. In Zeiten internationaler Krisen sei es für eine kleine Insel, so wird argumentiert, eben weniger leicht, isoliert zu bleiben. Das sieht die Opposition ähnlich. Nur setzt sie nicht auf die europäische, sondern die amerikanische Karte: Die USA, so Parteichef de Sant, wollten die Beziehungen zu den Staaten Nordafrikas verbessern. Was läge da also näher, als Malta zum Ausgangspunkt solcher Bemühungen zu machen? Noch gibt sich die EU gelassen: Malta, so heißt es, habe eben die Vorteile der EU-Mitgliedschaft noch nicht ausreichend erkannt; Labour läßt in der Polemik allerdings nicht nach. Parteichef de Sant nannte unlängst die Verwaltungsangestellten in Brüssel und die Präsidentin des Europäischen Parlaments, Nicole Fontaine, die „Taliban von Brüssel“.<sup>4</sup>

Maltas wirtschaftliche Entwicklung hat in der jüngeren Vergangenheit durchaus Fortschritte gemacht. 2001 war das Wachstum mit real 3% zwar nicht gerade üppig, angesichts der weltwirtschaftlichen Entwicklung aber noch hinreichend. Das Haushaltsdefizit soll sich 2001 auf 5% des BIP belaufen haben. Die Gesamtverschuldung kam auf 53% des BIP. Die Arbeitslosenrate betrug 4,5%. Beim Zufluss ausländischen Kapitals ist Malta in der Spitzengruppe der Beitrittskandidaten. Zwei Entwicklungen haben sich 2001 gleichwohl negativ bemerkbar gemacht: Erstens hat der Zustrom der Touristen nach den Terroranschlägen vom 11. September deutlich nachgelassen. Der Tourismus kommt immerhin für rund 25 bis 30% des maltesischen BIP auf. Zweitens macht sich die Wachstumsschwäche der Mikrochip-

Industrie auch in Malta bemerkbar. Der französisch-italienische Hersteller „ST-Microelectronics“ klagt über einen Produktionsrückgang von 20%. Zu Entlassungen ist es bei den rund 2.400 Beschäftigten 2001 noch nicht gekommen. Der Chip-Hersteller erwirtschaftet knapp 7% des BIP auf Malta. Trotz dieser Probleme hält die Regierung von Eddie Fenech Adami an ihrem Privatisierungsprogramm fest. Die nächsten Kandidaten sind die staatliche Lotterie und der internationale Flughafen. Unter den EU-Beitrittskandidaten gehört Malta zu den vergleichsweise fortgeschrittenen Wirtschaften. Das Pro Kopf-BIP erreicht mit 11.900 Euro 53% des EU-Durchschnitts. Malta wird unter den Kandidaten lediglich von Zypern (83%), Slowenien (72%) und der Tschechischen Republik (69%) überflügelt.<sup>5</sup>

Wie der Fortschrittsbericht der Kommission vom November 2001 bestätigt, waren zu diesem Zeitpunkt lediglich Zypern und Malta für eine EU-Mitgliedschaft gerüstet.<sup>6</sup> Ende 2001 waren 17 Verhandlungskapitel abgeschlossen. Probleme zeichnen sich vor allem in folgenden Bereichen ab: Weil Malta nach erfolgtem EU-Beitritt einen Strom von Arbeitsmigranten befürchtet, soll eine siebenjährige Übergangsfrist eingeräumt werden, während der die Arbeitnehmerfreizügigkeit eingeschränkt werden kann. Nach Ansicht des maltesischen EU-Chefunterhändlers Richard Cachia Caruana hat sich die EU durchaus entgegenkommend gezeigt.<sup>7</sup> Bei der maritimen Sicherheit drängt die EU Malta, höhere Sicherheitsstandards einzuhalten. Immerhin fährt unter maltesischer Flagge eine der größten Handelsflotten weltweit. Beim freien Warenverkehr verlangt Malta dauerhafte Ausnahmeregelungen, ebenso die langfristige Genehmigung zur Gewährung nationaler Beihilfen an die Werftindustrie. Der Verkauf von Immobilien an EU-Bürger soll eingeschränkt werde. Als abschreckendes Beispiel wird immer wieder Mallorca erwähnt, das eine deutsche Kolonie geworden sei.<sup>8</sup> Malta hat 1996 zwar die Mehrwertsteuer eingeführt – übrigens mit fatalen Folgen für die damalige konservative Regierung, die wegen dieser Steuer demissionieren mußte –, will aber von der EU die Genehmigung erhalten, dass auch nach dem Beitritt einige Produkte steuerfrei bleiben. Ausnahmeregelungen strebt Malta auch in der Gemeinsamen Agrarpolitik an. Malta möchte seine traditionell auf Kleinbetrieben gründende Landwirtschaft auch weiterhin gesichert sehen. In der Fischerei möchte Malta eine Zone von 25 Seemeilen mit exklusiven Fangrechten für seine Fischer vereinbaren. So wie die übrigen Beitrittskandidaten ist Malta an der Frage interessiert, welche Zuwendungen die Insel im Bereich der Strukturfonds zu erwarten hat. Wie einer Note der Europäischen Kommission zu entnehmen ist, soll Malta nach erfolgtem Beitritt bis 2006 durch den Kohäsionsfonds, das Ziel 1 der Strukturfonds und die Gemeinschaftsinitiativen „Interreg“ und „Equal“ begünstigt werden.

### Anmerkungen

1. Süddeutsche Zeitung, 10.2.2001, S. 12.
2. The Financial Times, 19.11.2001, S. 2.
3. The Financial Times, 19.11.2001, S. 1; Das Parlament, 12.1.2001, S. 5.
4. Frankfurter Rundschau, 7.12.2001, S. 6.
5. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14.11.2001, S. 15.
6. Europäische Kommission: Regelmäßiger Bericht 2001 der Kommission über die Fortschritte Malτας auf dem Weg zum Beitritt, Luxemburg 2001.
7. The Financial Times, 19.11.2001, S. 2.
8. Der Tagesspiegel, 27.8.2001, S. 8.